

Anwaltsprüfungen Sommer 2021

ZPO / SchKG (Dr. Meinrad Vetter)

Allgemeine Hinweise zur Prüfung:

- Der folgende Fall ist ausschliesslich gestützt auf den vorgegebenen Sachverhalt zu lösen (keine Erweiterung oder Ergänzung des Sachverhalts).
- Geben Sie die jeweilige Rechtsgrundlage (Gesetz, Dekret, Verordnung) an.
- Führen Sie bei den zu verfassenden Schriften "RA R" (und nicht sich selbst) als Rechtsvertreter(in)/Absender(in) auf (Anonymisierung der Prüfung).

Teilaufgabe 1 (erreichbare Punktzahl 41)

D., geb. 1965 ist vor einigen Jahren nach Thailand ausgewandert. Aus der Erbschaft seines Vaters hat er vor vier Jahren 700 von 2'000 Namenaktien der G.-AG mit Sitz in Aarau zu Alleineigentum erhalten. Das Aktienkapital der G.-AG beträgt Fr. 200'000.00, der Nennwert pro Aktie Fr. 100.00. Die restlichen 1'300 Namenaktien der G.-AG sind im Besitz seiner drei Geschwister A., B. und C. Diese bilden zusammen mit dem Treuhänder X. den Verwaltungsrat der G.-AG. X. amtet zugleich als Verwaltungsratspräsident.

Der Verwaltungsrat der G.-AG hat mit Schreiben vom 15. Juni 2021 auf den 26. Juni 2021 zu einer ausserordentlichen Generalversammlung der G.-AG eingeladen. Die beiden einzigen Traktanden sind die erhebliche Erweiterung des Gesellschaftszwecks sowie die Umwandlung der 1'300 Namenaktien von A., B. und C. (Aktien-Nr. 1-1'300) in Stimmrechtsaktien, d.h. diese 1'300.00 Namenaktien mit einem Nennwert von Fr. 100.00 sollen in 13'000 Aktien mit einem Nennwert von Fr. 10.00 umgewandelt werden. D. hat das Schreiben des Verwaltungsrats am 25. Juni 2021 per Briefpost erhalten und seinen Stimmrechtsvertreter unverzüglich angewiesen, gegen die Anträge des Verwaltungsrats zu diesen beiden Traktanden zu stimmen. Wie D. aus dem heute Morgen per E-Mail erhaltenen Generalversammlungsprotokoll erfahren musste, hat die Generalversammlung der G.-AG am 26. Juni 2021 sowohl der Änderung des Gesellschaftszwecks sowie der beantragten Umwandlung der Aktien Nr. 1-1'300 in Stimmrechtsaktien mit je 700 : 1'300 Stimmen zugestimmt. Weiter ist im Generalversammlungsprotokoll festgehalten, dass X. am 2. Juli 2021 beim Handelsregisteramt die entsprechende Anmeldung vornehmen werde, um danach für zwei Wochen in die Ferien nach Südspanien zu verreisen. D. kommt aufgebracht zu Ihnen und bittet Sie, rechtliche Schritte gegen die beabsichtigte Handelsregistereintragung einzuleiten.

Verfassen Sie bitte die entsprechende Rechtsschrift mit ausführlichen tatsächlichen und rechtlichen Erläuterungen.

Teilaufgabe 2 (erreichbare Punktzahl 10)

D. möchte von Ihnen wissen, wie sich die G.-AG gegen Ihre Rechtsschrift bzw. gegen die dort beantragten Rechtsbehelfe vor und nach deren Erlass wehren kann bzw. welches die entsprechenden konkreten Verfahrensschritte sind. Klären Sie D. in einer E-Mail umfassend auf.

Teilaufgabe 3 (erreichbare Punktzahl 5)

Z. hat Y. am 20. Mai 2019 für eine Forderung in Höhe von Fr. 100'000.00 zuzüglich Zins von 5 % ab 1. August 2016 betrieben. Y. hat gegen diese Betreibung am 22. Mai 2019 Rechtsvorschlag erhoben. Z. hat am 30. Dezember 2020 beim Friedensrichter des Kreis III ein Schlichtungsverfahren mit folgenden Rechtsbegehren gestellt:

"Y. sei zu verteilen, Z. eine Forderung in Höhe von Fr. 100'000.00 zuzüglich Zins von 5 % ab 1. August 2018 zu bezahlen."

Anlässlich der Schlichtungsverhandlung vom 28. Januar 2021 konnte keine Einigung erzielt werden und der Friedensrichter erteilte Z. die Klagebewilligung.

Y. sucht nun eine neue Wohnung und hat in diesem Zusammenhang am 30. Juni 2021 beim Betreibungsamt Baden per Post einen Betreibungsregisterauszug bestellt. Beim Blick auf seinen Betreibungsregisterauszug sieht er, dass die Betreibung von Z. in Höhe von Fr. 100'000.00 zuzüglich Zins von 5 % ab 1. August 2016 mit dem Vermerk "Rechtsvorschlag erhoben" in seinem Betreibungsregisterauszug aufgeführt ist.

Y. stört sich sehr über diesen Eintrag. Auf Anfrage sagt Z., dass er in dieser Sache keine rechtlichen Schritte mehr unternehmen werde, er die Betreibung jedoch nicht zurückziehe, geschweige denn die Löschung beim Betreibungsamt veranlassen werde.

Y. fragt Sie, was er gegen diesen aus seiner Sicht unberechtigten Betreibungsregistereintrag unternehmen kann. Erläutern Sie Y. in einem Klientenbrief die entsprechenden Möglichkeiten. Weiter will Y. wissen, wie hoch die Gebühren für den Betreibungsregisterauszug sind (es besteht kein Zusammenhang mit den Teilaufgaben 1 und 2).

Zeit: 4 Stunden

Hilfsmittel: EG ZPO, GebV SchKG, HRegV, IPRG, LugÜ, OR, SchKG, ZPO.